



© OLAF KROSTITZ

Am 10. Mai 2024 findet wieder das „Lesen gegen das Vergessen“ auf dem Bebelplatz statt. In der Zeit von 15 bis 17 Uhr lesen nicht nur Gregor Gysi, sondern viele bekannte Künstlerinnen und Künstler. Sie wollen an die Bücherverbrennung der Nazis am 10. Mai 1933 erinnern.



© OLAF KROSTITZ

Der 8. Mai ist der Tag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus. Wäre das nicht ein guter Anlass, von Deutschland aus eine Friedensinitiative zu starten? Nach dem 2. Weltkrieg war eine Mehrheit der Meinung, dass von Deutschland nie wieder ein Krieg ausgehen sollte. Heute erleben wir eine Kriegsbesoffenheit der Bundesregierung. Jeden Tag wird über neue Waffenlieferungen an die Ukraine gesprochen. Wir brauchen aber nicht mehr Waffen, sondern mehr Diplomatie.

Ich habe die Bundesregierung gefragt, ob sie Veranstaltungen zum Tag der Befreiung geplant hat und ob Mitglieder der Bundesregierung an Gedenkveranstaltungen teilnehmen werden. Beide Fragen wurden verneint. Ist das geschichtslos oder ist die Befreiung vom Faschismus durch die Alliierten aus dem Bewusstsein gelöscht werden? Wird der Krieg Russlands gegen die Ukraine instrumentalisiert, um die Verantwortung Deutschlands am 2. Weltkrieg zu relativieren? Ich werde am 8. Mai Blumen auf die Gräber von Menschen legen, die ihr Leben für unsere Freiheit gegeben haben. Das gebietet der Anstand.

MAXIMILIAN SCHIRMER

GESINE LÖTZSCH

Arbeit muss zum Leben reichen

Es gibt viele Gründe, auch in diesem Jahr am 1. Mai lautstark auf die Straße zu gehen und gemeinsam zu demonstrieren. Die immer weiter steigenden Kosten für Miete, Energie und Lebensmittel machen vielen Menschen Tag für Tag das Leben schwer. Vor allem Leute mit wenig Geld sind davon besonders betroffen und fragen sich, wie sie die Klassenfahrt des Kindes oder die nächste Mieterhöhung noch stemmen können. Doch selbst wer ein durchschnittliches Einkommen hat, steht finanziell zunehmend mit dem Rücken zur Wand. Ob die Erzieherinnen, das Krankenhauspersonal, die Beschäftigten bei der BVG und alle anderen, die derzeit Arbeitskämpfe führen – sie haben dabei unsere volle Unterstützung.

Sie sind es schließlich, die unsere Stadt und unser Land jeden Tag am Laufen halten.

Nur wer anständig bezahlt und faire Arbeitsbedingungen schafft, findet auch Personal. Schlechte Arbeitsbedingungen bei den wirklich wichtigen Jobs können wir uns nicht erlauben, denn bereits jetzt gehen die meisten Menschen dort auf dem Zahnfleisch. Als Linke haben wir in Berlin prekärer Arbeit und schlechten Arbeitsbedingungen den Kampf angesagt und werden zusammen mit den Gewerkschaften diesem CDU-SPD-Senat weiter Feuer unterm Hintern machen. Für die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage, die Erhöhung des Landesmindestlohns auf 15 Euro und die Zahlung der Hauptstadt-

zulage auch für freie Träger. Denn gute Jugendarbeit sichert die Zukunft unserer Stadt.

Wir kämpfen weiter für anständige Löhne und mehr Tarifverträge. Und es ist völlig unstrittig, dass wir eine andere Steuerpolitik brauchen, die Geld in die Kassen der Kommunen spült. Deshalb setzen wir uns für einen Kurswechsel ein: Marode Infrastruktur, kaputt gesparte Schulen und Schwimmbäder, sterbende Krankenhäuser schreien regelrecht nach einer öffentlichen Investitionsoffensive. Gute Arbeit, gute Löhne, Solidarität, für Frieden und ein gutes Leben für alle Menschen, dafür gehen wir am 1. Mai in der ganzen Stadt auf die Straße.

Getestet

Lichtenbergs Spielplätze im Test.



03

Gelesen

Ein fiktives Interview mit Elfriede Brüning.



04

Gemauert

Schottet sich Europa gegen Flüchtlinge ab?



06

© CHRISTIAN-LUE, UNSPLASH

Gewählt

Am 9. Juni ist Europawahl – unbedingt teilnehmen.



07

KURZ GEMELDET**LICHTENBERGER FRAUENPREIS 2024 VERLIEHEN**

In diesem Jahr hat das Bezirksamt Lichtenberg den Lichtenberger Frauenpreis an Thais Vera Utrilla, die Gründerin und Geschäftsführerin des Feministischen Zentrums für Migrant*innen (FZM* e.V.), verliehen. Das Zentrum ist ein Schutzraum, der Sicherheit vor Diskriminierung und Ausgrenzung bietet. Es gibt psychologische Einzel- und Gruppenberatungen in Deutsch, Englisch, Portugiesisch und Spanisch für Frauen* mit Flucht- und Migrationsgeschichte im Bezirk Lichtenberg. Außerdem lädt das siebenköpfige Team regelmäßig zu Vorträgen, Workshops, Lesungen, Ausstellungen, Gesprächsrunden und Fachdiskussionen ein.

■ Heinrichstraße 20C, 13017 Berlin, kontakt@fzm-berlin.com

WAHLHELPER*INNEN GESUCHT!

Das Bezirkswahlamt Lichtenberg sucht für die Europawahl am Sonntag, dem 9. Juni, noch Menschen, die sich in einem Wahlvorstand engagieren möchten. Dessen Aufgabe ist es, den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahl zu sichern und anschließend die Wahlergebnisse zu ermitteln. Besondere Vorkenntnisse sind nicht notwendig, wahlvorstehende und schriftführende Personen sowie deren Stellvertreterungen erhalten vorab eine Schulung. Für den Einsatz wird ein Erfrischungsgeld zwischen 80 und 120 Euro (je nach Einsatzort und Funktion) gezahlt. Informationen:

■ wahlhelfende@lichtenberg.berlin.de, Tel.: 902 96-46 77 oder 902 96-46 83, Bezirkswahlamt Lichtenberg, 10360 Berlin

NEUE SPIELPLÄTZE IN LICHTENBERG

Immer mehr Familien mit Kindern haben in Lichtenberg ihr Zuhause. Damit steigt auch der Bedarf an öffentlichen Spielflächen. Dem trägt der Bezirk jetzt Rechnung, zum einen durch eine neue Spielanlage im Grünzug „Weiße Taube“ in Alt-Hohenschönhausen, zum anderen durch die Umgestaltung und Erweiterung der Spielfläche Lehndorffstraße/Stallwiese in Karlshorst. TATJANA BEHREND

Erhalt des Innenhofs gefährdet: Linksfraktion kämpft gegen Baupläne in Hohenschönhausen

CDU bricht Wahlversprechen

Ein weiteres Mal sieht sich Hohenschönhausen mit der Zerstörung wertvoller Grünflächen konfrontiert. Mit Sorge verfolgen wir die jüngsten Entwicklungen in der Barther Straße, wo die Koalition aus CDU und SPD erneut ein klares Wahlversprechen bricht und die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner mit Füßen tritt.

Am 9. April traf CDU-Senatorin Schreiner die umstrittene Entscheidung: Eine bislang durch eine bezirkliche Stichstraße blockierte Bebauung soll nun ermöglicht werden, nachdem die Senatorin den Bezirk angewiesen hat, die Straße zu entwidmen. Dieser Eingriff in die Rechte des Bezirks wird als ein schwerwiegender Affront gegenüber der lokalen Selbstverwaltung sowie den Bürger:innen gesehen.

Trotz des Widerstands der Bevölkerung behauptet die Senatorin,

die Bebauung würde den begründeten Innenhof nicht nur erhalten, sondern sogar aufwerten. Diese Aussage steht in krassem Gegensatz zu den Protesten der Mieterinnen und Mieter, die wissen: Ein grüner Innenhof bleibt am besten erhalten, wenn er nicht bebaut wird.

Seit Jahren kämpft Die Linke gegen die Bebauungspläne in der Barther Straße. Wir setzen uns für den Erhalt von Orten der Begegnung und ökologisch wertvoller Flächen ein, statt sie in Beton zu verwandeln. Die aktuelle Praxis, lebenswichtige grüne Freiflächen und Naherholungsgebiete dem Wohnungsbau zu opfern, trifft besonders die Bezirke in Ost-Berlin. Wir stehen nicht für eine Politik, die dem Mantra „Bauen, Bauen, Bauen“ um jeden Preis folgt, sondern die eine soziale, nachhaltige Stadtent-

wicklung im Blick hat, welche die Lebensqualität in unseren Kiezen erhält und fördert. TONI KRAUS



Einen Tag lang Bach

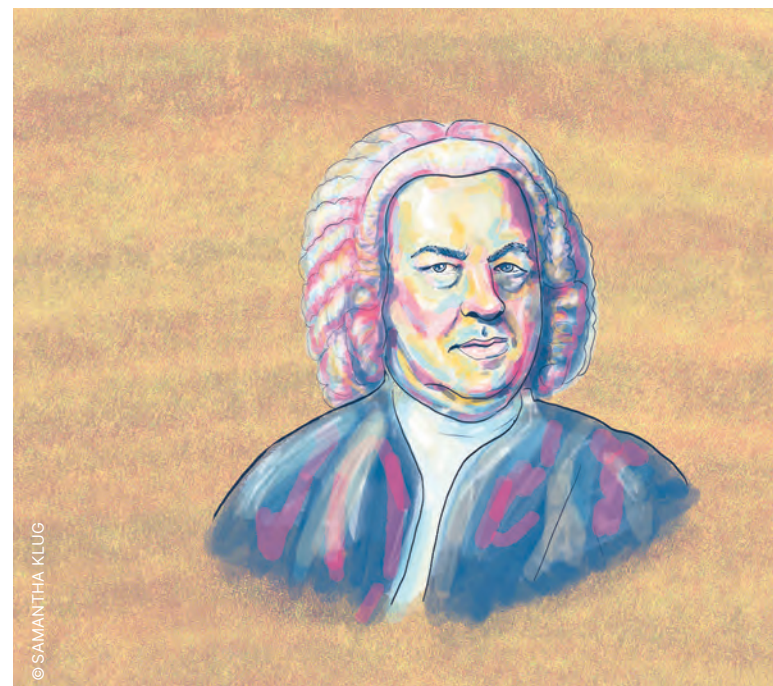
Genau 300 Jahre ist es her, als Johann Sebastian Bachs Johannespassion uraufgeführt wurde. Ein schöner Anlass, um möglicherweise eine neue Tradition in Lichtenberg zu begründen. So fand

am 24. März das erste Bachfest in Karlshorst statt. Die evangelische Kirche „Zur frohen Botschaft“ hatte ein vielfältiges Kulturprogramm auf die Beine gestellt. Den Auftakt machte am Morgen ein Gottes-

dienst, bei dem Choräle der Johannespassion erklangen. Daran anschließend fand am Vormittag auf dem Johannes-Fest-Platz ein „Bach Open Air“ statt. Trotz Dauerregens versammelten sich zahlreiche Zuhörerinnen und Zuhörer auf dem Platz und waren begeistert, wie der Kinderchor, die Kantorei sowie die Bläserinnen und Bläser dem Wetter trotzten und ein tolles Programm zum Besten gaben. Ein weiteres Highlight stellte der Live-Podcast mit dem Leipziger Musikwissenschaftler Michael Maul am Nachmittag dar, bevor dann das Sonderkonzert mit Bachkantaten das Bachfest am Abend abrundete.

Die Veranstalter gaben dem Publikum Anlass zur Hoffnung, dass dieses erste Bachfest der Auftakt von weiteren Bachfesten in den kommenden Jahren war. Wir finden ein solch schönes und facettenreiches Kulturprogramm in Lichtenberg sehr begrüßenswert. Daher unterstützte auch der Spendenverein der Linken im Bundestag die Veranstaltung mit 500 Euro.

LENA SCHLEENBECKER



© SAMANTHA KLUG

Lichtenberger Spielplätze im Test

Spielplätze in Lichtenberg und Hohenschönhausen genauer betrachtet – meist vergebenes Prädikat: Unbedingt ausprobieren

Spielplatz für Kinder und Eltern Küstriner Straße

Neben vielen kleineren Spielmöglichkeiten überall in den Wohngebieten sticht der Spielplatz an der Küstriner/Ecke Strausberger Straße heraus: Er ist nicht nur ein Tummelplatz für kleine Kletterer und Rutschfreunde, sondern er bietet auch erwachsenen Besuchern die Möglichkeit, sich an frischer Luft sportlich zu betätigen. Schon am Eingang warten Geräte, die man eher im Sportstudio erwarten könnte und für einen Spielplatz eher ungewöhnlich scheinen. So kommen hier Groß und Klein gleichermaßen zum Zuge, und die Kleinen haben eine gute Möglichkeit, an der Seite der Eltern schon mal Kraft und Ausdauer zu testen.



© ANDREA SCHACHT

Kontaktbörse Rheinsteinpark

Der Rheinsteinpark kann zwei voneinander getrennte Spielplätze anbieten. Diese sind offensichtlich auch für unterschiedliche Altersgruppen konzipiert, weswegen die Kinder schnell mit ungefähr gleichaltrigen in Kontakt kommen. Das hat

außerdem den Vorteil, dass der Bereich für die Kleinsten nicht zu überlaufen ist. Der Park bietet darüber hinaus noch einige Outdoor-Sportgeräte, falls das Toben mit den Kids nicht ohnehin schon genug zur Fitness beiträgt.



© ANDREA SCHACHT

Spielplatz am Lindenweg



© PRIVAT

Platz zum Erkunden Regener Straße

Der Spielplatz an der Regener Straße befindet sich auf einem sehr weitläufigen und frei zugänglichen Gelände und bietet gerade für kleinere Kinder sehr viele Möglichkeiten zum Erkunden und Toben.

Neben der Nestschaukel und der kleinen Rutsche waren die kleinen Trampoline das Highlight für meine 17 Monate alte Tochter. Der benachbarte Park lädt zum gemeinsamen Familienpicknick ein.

Treffpunkt der Generationen Ober-/Orankesee

Die Parks rund um die beiden Seen Obersee und Orankesee laden Jung und Alt zum Verweilen ein. Und in beiden Parks kommen auch die Jüngsten auf ihre Kosten. Der Spielplatz Ecke Waldowstraße/Lindenweg ist gewissermaßen das Eingangstor zum Park am Obersee und ein gut besuchter Treffpunkt für alle Generationen – sowohl Spiel- als auch Sportmöglichkeiten stehen allen Besuchern offen.

Der Orankesee, der in erster Linie durch sein Schwimmbad und die Seeterrassen bekannt ist, bietet aber den Kindern auch einen Spielplatz zum Runtoban. Ein bißchen hinter den Sträuchern versteckt, mit schönen Anlagen zum Balancieren, Rutschen und Entspannen.

ANDREA SCHACHT
MAX GALLE



© ANDREA SCHACHT

Ein Jahrhundert im Blick

Ein fiktives Interview mit Zitaten der Schriftstellerin Elfriede Brüning (1910-2014) | Von Klaus Singer



© KLAUS SINGER

Am 10. Mai 2014 las Elfriede Brüning auf dem Bebelplatz beim „Lesen gegen das Vergessen“. Sie verstarb am 5. August 2014.

■ Elfriede, du hast die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 auf dem Opernplatz erlebt ...

In Berlin hatten SA und Polizei den Platz gegenüber der Humboldt-Universität schon vorsorglich abgeriegelt, aber die Massen stürmten jetzt hindurch, drängten nach vorn zu dem freien Viereck, wo man einen Holzstapel aufgeföhrt hatte, der von Scheinwerfern grell beleuchtet wurde.

■ Welche Rolle spielten die Studenten bei der Bücherverbrennung?

„Gegen Dekadenz und moralischen Verfall“, rief einer, der gerade Bücher von Heinrich Heine und Erich Kästner in Händen hielt; „Gegen volksfremden Journalismus demokratisch-jüdischer Prägung“.

■ Was hatte Goebbels den fanatischen Massen zugerufen?

„Ich übergebe den Flammen die Schriften der Juden und Völkerverhetzer, von Heine, Brecht und Feuchtwanger...“, bis seine Rede im Toben der ihm zujubelnden Menge unterging.

■ Warum bist du zu diesem gruseligen Schauspiel gegangen?

Ich hoffte, dass auch noch andere von uns gekommen waren als Zeugen dieser Kulturschande, über die wir vielleicht sogar der Auslandspresse berichten wollten.

■ Wie ging es nach der Bücherverbrennung für dich weiter?

Schon am 27. Februar hatte der Reichstag gebrannt. Seitdem war die Hölle los. Viele von uns waren schon verhaftet worden: Ludwig Renn war darunter, Carl von Ossietzky, der Anarchist Erich Mühsam, Hermann Duncker. Wer irgend konnte, hatte versucht, sich über

das Riesengebirge nach Prag in Sicherheit zu bringen.

■ Du hast auch nach der Wende viele Bücher geschrieben. Wie war die Resonanz?

Bücher, die wir jetzt veröffentlichen – meist in kleinen, linken Verlagen –, werden weder von der Kritik noch vom Buchhandel zur Kenntnis genommen. Uns soll es nie gegeben haben.

■ Bist du resigniert?

Ich bin mir sicher, dass unsere Nachkommen – vielleicht in 20 oder 50 Jahren – einmal wissen wollen, was das eigentlich war, die ominöse DDR.

■ Kannst du dir vorstellen, dass sich die Geschichte wiederholt?

Besorgniserregend (ist), dass die Rechtsradikalen schon wieder vor dem Brandenburger Tor marschieren dürfen und dass die Polizei, die ihren Aufmarsch schützt, ihre Wasserwerfer gegen jene richtet, die

den Aufmarsch der Neonazis verhindern wollen.

■ Warum bist du für ein Verbot rechtsextremer Parteien?

Das Verbot der KPD hat man seinerzeit rasch beschlossen. Wer heute jüdische Friedhöfe schändet oder einen Ausländer zu Tode hetzt, wird kaum härter bestraft als jemand, der bei Rot die Kreuzung überquert.

■ Das sind dann auch immer angeblich Einzeltäter ...

Gertrud Schröter aus Celle hatte einigen Kindern armer Eltern, die sich keine Ferienreise leisten konnten, zu einem Aufenthalt in einem Kinderferienlager der DDR verholfen; für dieses „Vergehen“ wurde sie zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

■ Ja, bei linken Einzeltätern kennt auch heute die Justiz keine Gnade.

Elfriede Brüning

Schriftstellerin und Journalistin

Elfriede Brüning lebte von 1979 bis 1985 in der Karlshorster Wildensteiner Straße 20. Geboren am 8. November 1910 und aufgewachsen in Prenzlauer Berg, schloss sie 1926 die Schule ab und begann eine Ausbildung in einem Pressebüro.



„Nach dem Besuch des Lyzeums bis zur Mittleren Reife hat Elfriede Brüning eine Bürolehre gemacht und als Redaktionssekretärin gearbeitet.“

Quelle: www.glotzi-verlag.de/BioBruening.htm

1931 trat sie in die Kommunistische Partei Deutschlands ein und in den Bund Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller, dessen prominenteste Mitglieder Anna Seghers, Friedrich Wolf, Egon Erwin Kisch und Johannes R. Becher waren. 1934 erschien ihr Roman „Und außerdem ist Sommer“. 1938 „Auf schmalem Land“, dessen Handlung auf der Kurischen Nehrung spielt. Weil der illegale Schriftstellerbund denunziert wurde, kam Elfriede Brüning im Oktober 1935 für ein halbes Jahr in Haft und stand seitdem unter ständiger Überwachung. Während ihrer Haftzeit entstand der Liebesroman „Junges Herz muß wandern“. Das Buch erschien beim Berliner Schützen-Verlag, wo sie den Schriftsteller und Lektor Joachim Barckhausen kennen lernte. Am 13. Oktober



Elfriede Brüning 1951, zwischen Rudolf Engel, Willi Bredel und Wieland Herzfelde.

Quelle: wikipedia.org/wiki, Bundesarchiv Bild 183-09175-0008

1937 heirateten die beiden, am 9. Mai 1942 brachte Elfriede Brüning in Berlin ihre Tochter Christiane zur Welt.

Nach dem Krieg trat sie in die SED ein. 1948 trennte sie sich von ihrem Mann. 1949 erschienen ein kleiner Band mit zwei Erzählungen: „Die Umkehr“ und „Das ist Agnes“ und der Roman: „... damit du weiterlebst“.

Ab 1950 war Elfriede Brüning wieder freischaffend tätig. In diesem Jahr drehte die DEFA den Film „Sammelweis – Retter der Mütter“, dem ein Entwurf von Elfriede Brüning und Joachim Barckhausen aus den Jahren 1941/42 zugrunde lag.



Zum Monat der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft 1953 – Elfriede Brüning (links).

Quelle: wikipedia.org/wiki, Bundesarchiv Bild 183-22372-0004

1955 erschien ihr Roman „Regine Haberkorn“, mit dem sie eine monatelange Debatte über die Selbstverwirklichung von Frauen in der Arbeitswelt auslöste. Im Jahr 1970 erschien schließlich unter dem Titel „Kleine Leute“ ihr unveröffentlichter Erstlingsroman „Handwerk hat goldenen Boden“ aus dem Jahr 1933. Ihr auflagenstärkstes Werk kam 1973 mit „Jasmina und die Lotusblume“ heraus. Nach der Wende erschienen „Lästige Zeugen? Ton-



Die Autobiographie „Und außerdem war es mein Leben. Aufzeichnungen einer Schriftstellerin“.

Bildquelle: Wikipedia

bandgespräche mit Opfern der Stalinzeit“ (1990), „Kinder im Kreidekreis. Eine Reportage über Zwangsadoption und Heim-erziehung“ (1992).

Im Jahr 1994 folgte ihre Autobiographie „Und außerdem war es mein Leben. Aufzeichnungen einer Schriftstellerin“, die bis heute mehrmals neu aufgelegt wurde. Nachfolgend erschienen „Jeder lebt für sich allein. Nachwendnoten“ (1999), „Spätlese“, ein Erzählband (2000), „Zeitbesichtigung“. Feuilletons und Reportagen aus 7 Jahrzehnten“ (2003), „Gefährtinnen. Portraits vergessener Frauen“ (2004).



Ihre letzte Ruhestätte fand Elfriede Brüning auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof in Berlin-Mitte.

Quelle: wikipedia.org/wiki, Z thomas, Dorotheenstädtischer Friedhof Oktober 2016

Rechnungshof kritisiert Maskenbeschaffung

Der Rechnungshof kritisiert die Überbeschaffung von Masken während der Corona-Krise durch das Bundesgesundheitsministerium unter Jens Spahn. Dies führte zu hohen Lagerbeständen und Folgekosten, während der tatsächliche Nutzen zur Pandemiebekämpfung gering war. Von den insgesamt 5,7 Milliarden gekauften Masken wurden nur rund 2 Milliarden verteilt. Ein Großteil der übrigen Masken muss nun wohl vernichtet werden. Dr. Gesine Löttsch kritisiert den fehlenden Willen zur Beschäftigung mit dem Thema: „Weder CDU noch SPD haben bisher dazu beigetragen, die Corona-Krise aufzuarbeiten.“

Der Mythos vom aufgeblähten Sozialstaat

Dass die Sozialausgaben des deutschen Staates zu hoch sind und darüber hinaus in den letzten Jahren zu stark gewachsen seien, lässt sich empirisch nicht belegen. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) kommt in seiner vergleichenden Analyse zu einem anderen Schluss. Beim Anteil der Sozialausgaben am BIP liegt Deutschland unter den großen OECD-Industrienationen lediglich im Mittelfeld. Das preisbereinigte Wachstum der Sozialausgaben betrug im Zeitraum von 2002 bis 2022 in Deutschland lediglich 26 Prozent. Damit liegt Deutschland im Vergleich der OECD-Staaten auf dem drittletzten Platz.

Kein Grund zur Geheimhaltung

Das Bundesgesundheitsministerium hat den Auftrag für eine Werbekampagne während der Coronakrise ohne Ausschreibung vergeben und wird dafür nun vom Bundesrechnungshof gerügt. Ebenso ist die Tatsache, dass es für diesen Vorgang eine Geheimhaltungseinstufung seitens des Ministeriums gab, angemahnt worden. Eine Praxis, gedacht um sensible Informationen zu schützen, wird immer häufiger angewendet, auch bei belanglosen Dokumenten und Vorgängen. Dr. Gesine Löttsch kommentiert: „Dabei geht es nicht um die Sicherheit unseres Landes, sondern um die Behinderung der Arbeit der Abgeordneten.“

MAX GALLE

Hilft einmauern?

SPD, Grüne, FDP und auch CDU/CSU geben vor, die AfD bekämpfen zu wollen. Das ist ein guter Vorsatz. Doch die Frage ist, wie wird der Kampf gegen die AfD geführt? Gibt es überhaupt diesen Kampf?

Mein Eindruck ist, dass die Regierungsparteien und die CDU/CSU AfD-Forderungen nicht zurückweisen, sondern bereitwillig umsetzen. Das wird die AfD nicht schwächen, sondern sogar stärken. Ein konkretes Beispiel: Im EU-Parlament wurde am 10. April die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems beschlossen. In Zukunft ist es möglich, geflüchtete Familien mit kleinen Kindern in Internierungslagern an den Außengrenzen einzusperren. Das wollten die Grünen eigentlich verhindern. Sie haben es nicht verhindert. Außenministerin Baerbock hat sogar vor der Abstimmung für das neue Asylsystem geworben.

Klar ist, dass es mit der Umsetzung der Asyl-Reform nicht weniger Flüchtlinge geben wird. Europa schottet sich immer weiter ab: Zu den schon bestehenden Zäunen, Mauern, Überwachungstechniken und Pushbacks kommen nun noch mehr Inhaftierung und Isolierung schutzsuchender Menschen an den Außengrenzen und neue menschenrechtswidrige Deals mit autoritären Regierungen. Wenn diese Reform Teil der wertegeleiteten Politik der Grünen ist, dann müssen wir uns über die Werte der Grünen

unterhalten. Das Elend der Geflüchteten wird nicht verschwinden, wir werden es nur nicht mehr sehen.

So löst man keine Probleme. Wir müssen über die Fluchtursachen sprechen. Was in dieser Diskussion keine Rolle spielt, sind die sechs Millionen Geflüchteten aus der Ukraine, die in den vergangenen zwei Jahren in den EU-Staaten Schutz gesucht haben. 41,2 Prozent aller Menschen, die 2022 nach Deutschland gekommen sind, kamen aus der Ukraine. Sie werden allerdings nicht als Flüchtlinge behandelt. Es gibt ein ungerechtes 2-Klassen-Flüchtlingsrecht in Europa. Wer also etwas gegen die Überforderung der Kommunen tun will, muss sich als erstes für einen Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine einsetzen.

Doch die Bundesregierung und die EU-Kommission setzen noch immer auf Waffenlieferungen an die Ukraine. Friedensinitiativen gehen von Brasilien, China, der Schweiz und anderen Ländern aus, aber nicht von Deutschland und der EU.

Die Europäische Union hat 2012 den Friedensnobelpreis erhalten. Das Nobelkomitee in Oslo erklärte damals, die EU habe aus einem Kontinent des Krieges einen Kontinent des Friedens gemacht. Es wird Zeit, dass die Friedensnobelpreisträgerin etwas für den Frieden in Europa und der Welt tut.

GESINE LÖTZSCH



Wird der Bundestag den Abtreibungsverbotsparagrafen 218 endlich streichen? Am 16. Juni 1990 demonstrierten in Bonn über 10.000 Menschen für die ersatzlose Streichung des § 218. Es folgten heftige öffentliche Debatten über die künftige Regelung des Schwangerschaftsabbruchs und die entsprechenden Formulierungen im Einigungsvertrag. Die Hoffnung vieler Frauen, vor allem aus der DDR, erfüllte sich nicht.

253,70

ZAHL DES MONATS

Wer am 24. Februar 2022 eine Aktie von Panzerhersteller Rheinmetall gekauft hatte, kann sich heute freuen. Zum Beginn des Ukraine-Krieges kostete die Aktie 95,82 €. Am 9. April 2024 war sie schon 253,70 € wert. Der Aktienkurs hat sich fast verdreifacht! Die Aktie von Rheinmetall ist die erfolgreichste Aktie im Deutschen Aktienindex (DAX). Das sagt viel über den Zustand unseres Landes aus. Nicht Firmen, die Solaranlagen oder Wärmepumpen bauen oder neue Medikamente entwickeln, sind die Stars am Aktienmarkt, sondern ein Unternehmen, das an Kriegen verdient.

Wenn die Lage noch so unübersichtlich ist, hilft eine Frage immer weiter: Wem nützt es? Warum sollten Lobbyisten der Rüstungsindustrie, wie Frau Strack-Zimmermann (FDP), im Bundestag ein Interesse haben, den Krieg zu beenden?

Die Unternehmen der Rüstungs- und Sicherheitsbranche lassen sich die Interessenvertretung einiges kosten. Nach Recherchen von abgeordnetenwatch.de haben die 10 weltgrößten Rüstungskonzerne sowie große deutsche Unternehmen und Verbände aus der Verteidigungsbranche 2021 mehr als 14 Mio Euro in die Lobbyarbeit investiert. Dies ergibt sich aus ihren Einträgen im Lobbyregister. Führende US-Militärs haben deutlich gesagt, dass der Abnutzungskrieg zwischen Russland und der Ukraine von keiner Seite zu gewinnen ist. Warum wird er dann weitergeführt? Der Aktienkurs von Rheinmetall gibt darauf eine Antwort.

Die Linke hat im Bundestag eine Übergewinnsteuer für Rüstungsunternehmen gefordert. Das wurde von den anderen Parteien abgelehnt.

KLAUS SINGER

SPRECHSTUNDE

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete Dr. Gesine Löttsch ist erreichbar:

- Wahlkreisbüro, Zingster Straße 12, 13051 Berlin
- Bürgersprechstunde mit Dr. Gesine Löttsch: Dienstag, 18.6.24, 17 bis 19 Uhr
Anmeldung unter: Telefon 99 27 07 25 oder gesine.loetzsch@bundestag.de



Ein Poller zur Verkehrsberuhigung im Kaskelkiez verursacht viel Lärm.

Verkehrsberuhigung in der Victoriastadt (k)ein Poller für alle?

Ein sogenannter Modalfilter, bekannt als Poller, erhitzt bei Anwohnenden und Gewerbetreibenden im Kaskelkiez die Gemüter. Seit Jahrzehnten leiden die Kiezbewohner:innen unter dem Durchgangsverkehr. Zahlreiche Anträge, beispielsweise auf einen Fußgängerüberweg zur Sicherung des Schulweges, blieben ohne Erfolg. So gründete sich im Jahr 2019 eine Anwohner:inneninitiative, die einen Einwohner:innenantrag auf Verkehrsberuhigung vorbereitet hat und im Jahr 2022 Unterschriften im und um den Kiez herum sammelte. 1 000 Unterschriften werden dafür benötigt, 1 420 gültige Unterschriften kamen zusammen, wovon 80 Prozent aus dem Kiez selbst stammten. Ende 2023 wurde gemäß einem Verkehrsgutachten nun ein Modalfilter errichtet, der eine Komplettsperre der Stadthausstraße zur Folge hat. Die Maßnahme selbst soll nach einem Jahr evaluiert werden. Seither gibt es Streit. Ein Teil der Gewerbetreibenden befürchtet Umsatzeinbußen, da es keinen Durchgangsverkehr mehr gibt. In der März-BVV beschlossen CDU, AfD und BSW nun mit einer Stimme Mehrheit, dass der Poller wieder rückgebaut wird und damit der Einwohner:innenantrag seine Gültigkeit verliert. Ein Großteil der Anwohnenden und auch Gewerbetreibenden ist nach wie vor für den Erhalt des Pollers und die Verkehrsberuhigung.

Das Abstimmungsergebnis der letzten BVV war nur möglich, da es bei den Parteien Die Linke, SPD und Bündnis90/Die Grünen Krankheitsausfälle gab. Die Diskussion ist damit nicht beendet, das Thema hat auch in der April-BVV wieder eine Rolle gespielt. Im Kiez wird ebenfalls weiter diskutiert. Fakt ist, dass die Verkehrsberuhigung im Kaskelkiez von Anwohnenden und Gewerbetreibenden befürwortet wird. Dies zeigte auch eine Einwohner:innenversammlung, die durch den ansässigen Kiezverein Victoriastadt e.V. einberufen wurde. Hier zeigte sich, wie auch in allen anderen Diskussionen, dass auch die Anwohnenden nicht wollen, dass die Gewerbetreibenden aufgeben müssen. Unterstützende Maßnahmen der Wirtschaftsförderung wurden deswegen ebenfalls in der BVV beschlossen. Es gilt weiter, gemeinsam abzuwägen und zu überprüfen, ob und wie die Verkehrsberuhigung im Kiez gewährleistet werden kann. Dabei müssen die Gewerbetreibenden ebenso unterstützt werden wie die Anwohnenden, die sich diese Verkehrsberuhigung wünschen und dafür viele Jahre gekämpft haben. Deswegen wird es einen weiteren Antrag von Rot-Rot-Grün geben, der u. a. auch fordert, den gesamten Kiez als Spielstraße auszuweisen, die Nöldnerstraße zu entlasten und ein Gesamtkonzept für Rummelsburg zu erarbeiten.

CLAUDIA ENGELMANN

KOMMENTAR



Neue S-Bahn für den Osten kommt nun doch?

In der vorigen Ausgabe dieser Zeitung hatten wir berichtet, dass der Senat mit der Planung der Schnellstraße TVO (Tangentiale Verbindung Ost) womöglich eine seit langem geplante neue S-Bahn im Osten verhindern könnte. Die neue Linie soll Marzahn und Hohen Schönhausen im Norden mit dem BER im Süden verbinden und dabei auch neue Verbindungen für Menschen in Karlshorst, Biesdorf und Köpenick erschließen. Kaum war die Zeitung gedruckt, meldete die Senatsverwaltung, man wolle auf der von uns vorgeschlagenen Route eine neue S-Bahn errichten. Also Problem gelöst?

Leider nein, denn bei der Bahnlinie wurde lediglich ein sogenannter „Systementscheid“ getroffen, also die Frage beantwortet, ob die neue Verbindung eine S-Bahn oder eine Regionalbahn werden soll. Die wirkliche Planung beginnt erst jetzt. Sie könnte aber schon bald obsolet sein. Denn die Schnellstraße TVO befindet sich bereits im Planfeststellungsverfahren, sie ist also schon viel weiter. Das „Bündnis Schiene Berlin-Brandenburg“ hatte Einsicht in die noch geheimen Akten und befürchtet, dass die S-Bahn nicht mehr gebaut werden kann, wenn die TVO schon fertig ist. Wir als Linke fordern daher, die Planung der Schnellstraße so lange zu unterbrechen, bis beide Projekte den gleichen Stand haben und somit auch gemeinsam realisiert werden können. Leider haben sich CDU und SPD diesem sinnvollen Vorschlag nicht angeschlossen und wollen die TVO weiter rücksichtslos vorantreiben, mit allen baulichen und rechtlichen Risiken. Dies hat aber auch sein Gutes: Bald müssen die Planunterlagen ausgelegt werden, und dann kann sich die Öffentlichkeit selbst ein Bild vom Dilemma machen.

ALEXANDER ROSSMANN

Willkommen in Lichtenberg

Ihr seid nicht allein

Die Geburt eines Kindes ist ein Moment voller Freude, Hoffnung, aber auch Unsicherheiten und Herausforderungen. Für viele Eltern beginnt mit der Ankunft ihres Kindes eine Zeit der Suche nach Unterstützung, nach Austauschmöglichkeiten, nach Orientierung im neuen Alltag. Sie stehen vor Fragen, die über die Bedürfnisse ihres Kindes hinausgehen: Wo finde ich Kur-

se, die uns beim Start helfen? Wie kann ich mich mit denen vernetzen, die ähnliche Erfahrungen machen? Gibt es Orte, an denen wir als Familie willkommen sind und wachsen können?

Diese Orte sind Familienzentren mit einem breiten Kurs- und Vernetzungsangebot. Dass diese Zentren in jeder Nachbarschaft zu finden sind, wissen viele Eltern

nicht. Das Annehmen von Hilfe wird zudem in unserer Gesellschaft oft fälschlicherweise als Zeichen von Schwäche angesehen. Unser Plan, jeder Familie mit einem Neugeborenen einen Familiengutschein im Wert von mindestens 30 Euro zur Verfügung zu stellen, ist mehr als eine finanzielle Zuwendung. Es ist eine einladende Geste, die sagt: Willkommen. Ihr seid nicht allein. Kommt vorbei, schaut euch an, was es bei uns so gibt.

Die Übergabe dieser Gutscheine soll im Rahmen eines Neugeborengesprächs stattfinden, einem Moment, der für viele Eltern Unsicherheit bedeutet, beispielsweise, ob das Jugendamt vorbeischaud und guckt, wie sauber es bei uns ist. Eigentlich bieten die Gespräche Informationen und Hilfe und sind ein Signal, dass der Bezirk junge Familien ernst nimmt. Im diesem Rahmen sollen Broschüren übergeben werden, die auflisten, welche Orte und Angebote es gibt, bei denen die Gutscheine eingelöst werden können. TONI KRAUS



Familiengutscheine sind mehr als eine finanzielle Zuwendung.

Fünf Jahre Großbaustelle

Anwohnende waren entsetzt, als Anfang des Jahres 63 Bäume entlang der Landsberger Allee gefällt wurden. Eine Pressemitteilung des Lichtenberger Bezirksamtes informierte erst im Nachhinein darüber, dass diese Fällungen notwendig seien, weil die Berliner Wasserbetriebe Leitungen austauschen müssten.

Erst auf Anfrage des Lichtenberger Linke-Abgeordneten Sebastian Schlüsselburg teilte der Senat mit, dass diese Baumaßnahme ein halbes Jahrzehnt dauern wird. Dabei wird es über den gesamten Zeitraum zu verschiedenen Beeinträchtigungen des Kfz-Verkehrs und auch der Straßenbahn kommen. Die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage war leider wenig informativ und teilweise schludrig, so dass immer noch unklar ist, welche Straßenbahnlinien von den Maßnahmen betroffen sind.

Die Baustelle fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich des Lichtenberger Bezirksamtes. Allerdings

sind ihre Auswirkungen auf die Bewohner des Bezirks so einschneidend, dass sich daraus ein Handlungsbedarf für das Amt ergibt. Daher fordert Die Linke in der Lichtenberger BVV, dass sich der Bezirksbürgermeister des Themas annimmt und eine Einwohnerversammlung veranstaltet. Hier sollen die Menschen vor Ort über das

Vorhaben und seine Auswirkungen genauer informiert werden und Rückfragen stellen können. Dies soll auch bei künftigen Großprojekten im Bezirk so gehandhabt werden. Denn die Bezirkspolitik ist in einer Vier-Millionen-Metropole wie Berlin immer noch die politische Institution mit der größten Bürgernähe. ALEXANDER ROSSMANN



An der Landsberger Allee wird in den nächsten fünf Jahren gebaut.

Entscheidung zum Drehscheibenschulstandort im Fennpfuhl jetzt!

Seit Jahren steht fest, dass in Lichtenberg sieben Schulen saniert werden müssen. Für die Zeit der Sanierung braucht es eine Ausweichmöglichkeit – eine sogenannte Drehscheibe. Es ist unerklärlich, aber seit 2017 konnte das Bezirksamt keine Entscheidung für einen baurechtlich zulässigen Standort der Drehscheibenschule im Fennpfuhl treffen. Sie hätte längst gebaut und zumindest eine der sieben Schulen durch die Auslagerung saniert sein können.

Der Sportunterricht in der Sonnenuhr Schule ist mittlerweile stark eingeschränkt, weil die Unfallkasse die Halle wegen maroder Wände für den Ballsport gesperrt hat und die Kinder zwei Meter Abstand zum Mauerwerk halten müssen.

Bis Ende des vorigen Jahres wurde vom Bezirksamt der Innenhof der Bernhard-Bästlein-Straße als Drehscheibenschulstandort priorisiert – trotz berechtigter Kritik der Anwohnenden, die ihren grünen Hof schützen wollen.

Im Dezember 2023 dann die Stellungnahme aus dem Stadtplanungsamt, der Standort im Innenhof sei baurechtlich und bau fachlich ungeeignet – angemeldet jedoch ist er beim Senat, und Gelder stehen auch zur Verfügung. Das Stadtplanungsamt benannte drei andere in Frage kommende Standorte. Die Frage ist: Wurden die Alternativen überhaupt geprüft?

Die Linke begleitet das Thema bereits seit vielen Jahren, immer wieder auch durch Anträge in der Bezirksverordnetenversammlung. Im April hat sie es erneut auf die Tagesordnung der BVV-Sitzung gesetzt.

Eine endgültige Entscheidung für einen dauerhaften, eigenständigen Schulstandort mit Turnhalle ist ebenso überfällig wie valide Aussagen, ab wann mit den dringenden Sanierungen der sieben Schulen gerechnet werden kann. Möge der Putz bis dahin noch an den Decken bleiben.

CLAUDIA ENGELMANN

Flagge zeigen



© LINKSFRAKTION

Ein Anliegen, das sie gern unterstützen – Kerstin Zimmer und Tatjana Behrend am 27. März vor dem Lichtenberger Rathaus.

Seit 2009 wird jedes Jahr weltweit am 31. März der Transgender Day of Visibility – der Tag der Sichtbarkeit – begangen, um Menschen, die sich mit dem bei ihrer Geburt festgelegten Geschlecht nicht identifizieren können, Gesicht und Stimme zu verleihen. Um auf diesen bedeutsamen Tag und das wichtige Anliegen aufmerksam zu machen, wurde auch vor dem Lichtenberger Rathaus am 27. März wieder die Transgender-Fahne gehisst.

Trans*Menschen sind oft gesellschaftlich stigmatisiert, werden – insbesondere in der Arbeitswelt – diskriminiert und benachteiligt. Zusätzlich haben sie mit hohen bürokratischen Hürden gesetzlicher Regelungen zu kämpfen. In die-

sem Zusammenhang bezogen sich mehrere Redebeiträge vor dem Lichtenberger Rathaus auf das „Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag (SBGG)“, das Mitte April im Bundestag zur Beschlussfassung stand und am 1. November dieses Jahres in Kraft treten soll. Ein guter Tag für trans-, intergeschlechtliche und nichtbinäre Personen, denen damit die Änderung ihres Geschlechtseintrags und ihres Vornamens enorm erleichtert wird. Und ein wichtiger Schritt auf dem Weg, Trans*Menschen in der Gesellschaft als Normalität zu sehen und anzuerkennen.

TATJANA BEHREND

Gedenken an der Blutmauer

Bereits seit vielen Jahren ist der 13. März im Kalender fest eingeplant. An diesem Tag findet das jährliche Gedenken an die Opfer der Märzkämpfe von 1919 statt. Die diesjährige Gedenkansprache hielt die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin und unsere Bezirksvorsitzende Camilla Schuler. Insbesondere wird jedes Jahr wieder an die Spartakisten, Matrosen und Zivilisten erinnert, die von Angehörigen des Freikorps Lüttwitz auf dem damaligen Gemeindefriedhof ermordet wurden.

In Lichtenbergs Straßen erreichten die Auseinandersetzungen zwischen Verfechtern von Zielen, die in der Revolution 1918 nicht erreicht wurden, und den von der SPD-Regierung beauftragten Militäreinheiten ihren gewaltsamen Höhepunkt. Mit dem Rückzug der Spartakisten und der sie in großen

Teilen unterstützenden Lichtenberger Bevölkerung endete an der Möllendorffstraße der Widerstand gegen die militärische Übermacht der Freikorpsverbände. Es folgten zahlreiche Hinrichtungen und willkürliche Morde, die in ganz Berlin 1200 Menschenleben forderten, zwölf von ihnen an der Mauer des damaligen Gemeindefriedhofes. Daran erinnert die Blutmauer im Rathauspark mit zwei Tafeln mit Namen der Opfer sowie zwei Gedenksteinen mit Erläuterungen zum historischen Hintergrund. Wünschenswert wäre, dass mehr Menschen an die Geschichte erinnern und helfen, diese wachzuhalten, um zu verhindern, dass Ähnliches wieder geschieht. Vielleicht könnten Kooperationen mit umliegenden Schulen angeregt werden, damit schon in jungen Jahren Interesse für dieses Thema geweckt wird. KERSTIN ZIMMER



© ELISAVIOLA

Mitglieder aus Fraktion, Bezirksamt und Bezirksvorstand nahmen am Gedenken teil.

Menschenrechte im Fokus: Lichtenberger Wochen gegen Rassismus



© PRIVAT

Im Jugendclub Pia Olymp zeigten Schülerinnen ihre Sicht auf Menschenrechte.

„Menschenrechte für alle“ war das Motto der Lichtenberger Wochen gegen Rassismus, die im März bezirksweit stattfanden. Eröffnet wurden sie mit einem bunten Fest auf dem Prerower Platz, bei dem junge Menschen aus dem Grünen Campus Malchow gemeinsam mit Nachbarschaftsprojekten laut für einen Bezirk ohne Rassismus eintraten.

Eine tolle Rede hielt Irmela Schramm, die durch ihren bundesweiten Einsatz gegen Hassschmierereien bekannt ist. In den zwei darauffolgenden Wochen wurden über 40 kreative Aktionen bestritten, welche die essenzielle Bedeutung der Menschenrechte

hervorhoben. Wie wirken sich Menschenrechte auf mein Leben aus? Wo kann ich sie einfordern oder verteidigen, wenn sie verletzt werden? Ein Herzstück war die Schülersausstellung im Jugendclub Pia Olymp, die ich persönlich besucht habe. Eine 8. Klasse der Vincentvan-Gogh-Oberschule arbeitete Hand in Hand mit dem Team des Pia Olymp, um ihre Sicht auf Menschenrechte zu veranschaulichen. Durch ihre Recherchen, das kreative Gestalten und die Entwicklung fiktiver Biographien ermöglichten sie es, sich in die Lebensrealitäten Gleichaltriger hineinzusetzen, ohne dabei Schicksale zur Schau zu stellen.

Die bezirklichen Wochen gegen Rassismus unterstreichen unsere lokale Verantwortung, Lichtenberg und Hohenschönhausen als Orte der Vielfalt und Toleranz zu gestalten. Wir stehen zusammen, um jedem Menschen ein Leben in Würde und Respekt zu ermöglichen. Die Worte eines Schülers fassen unsere Mission treffend zusammen: „Mensch ist Mensch“. Als Linke setzen wir uns für diese Grundsätze ein, nicht nur während der Wochen gegen Rassismus, sondern jeden Tag. Wir bleiben aktiv im Kampf für eine gerechte Gesellschaft, in der Menschenrechte nicht nur ein Ideal sind, sondern eine gelebte Realität für alle. TONI KRAUS

Engagement für Die Linke

Nils Richter



Nils Richter mit Sohn

Nils Richter ist 2022 in die Partei Die Linke eingetreten. Als einen wichtigen Grund dafür nannte er unter anderem seine Herkunft. 1983 in Heidelberg geboren, wuchs er in einer typischen westdeutschen Arbeiterfamilie in einem Dorf im Odenwald auf. Sein Vater war gelernter Koch und hatte immer zwei Jobs, die Mutter war Hausfrau und hat nebenher geputzt. Das Geld war knapp, denn zur Familie gehörten vier Kinder. Nils beschreibt sein Elternhaus als eher konservativ. Gewählt wurde CDU, vereinzelt SPD. Nils hat sich frühzeitig für Politik interessiert und bezog Stellung gegen rechte Jugendliche aus dem Dorf. Er nahm an antifaschistischen Demonstrationen in Mannheim und Heidelberg teil und war an seiner Schule in der Schülervertretung. Als Einziger aus seiner Familie besuchte er das Gymnasium und machte 2003 sein Abitur. Anschließend hatte er die Möglichkeit, in einem Sozialprojekt in Simbabwe zu arbeiten. Er verbrachte drei Monate in einer Werkstatt, die Schreinerbildungen für Straßenkinder anbot. Er selbst leitete dort Computerkurse und

verbesserte seine Englischkenntnisse. Zurück in Deutschland, begann er in Leipzig ein Studium der Afrikanistik und Soziologie, wechselte dann nach Berlin und studierte Wirtschaftswissenschaften. Sein Studium beendete Nils 2012 als Diplomvolkswirt. Dank des Erasmus-Programms der EU verbrachte er ein halbes Jahr in Portugal und kam über einen engen Freund nach Brasilien. Seine Kenntnisse der portugiesischen Sprache verhalfen Nils zu einer eher ungewöhnlichen Arbeit. Er wurde Mitarbeiter in einer Fußballprofi-Beratungsagentur in Ludwigshafen. Hier bestand seine Aufgabe darin, mögliche Probleme von den Profis fernzuhalten, damit sie sich voll und ganz auf den Fußball konzentrieren konnten. Er war erster Ansprechpartner bei Themen wie Steuer, Versicherungen oder Umzüge. Es war eine gut bezahlte, aber für Nils sinnentleerte Arbeit, die ihn nach vier Jahren ständiger Erreichbarkeit an den Rand der Erschöpfung brachte.

2017 machte er deshalb eine duale Ausbildung als Jugend- und Heimerzieher. Nils ist Schulsozialarbeiter an einer integrierten Sekundarschule und Staatlichen

Europa-Schule – eine Arbeit, die er gerne macht. Er lebt mit seiner Frau, einer Spanierin, und seinen drei Kindern in Karlshorst. Dort ist auch seine politische Heimat. Hier engagiert er sich für Die Linke als Stimme für soziale Gerechtigkeit. Ihm ist es wichtig, die soziale Teilhabe junger Menschen zu unterstützen, die gesellschaftliche Vielfalt zu fördern.

Jegliche Zusammenarbeit mit der AfD ist für ihn ausgeschlossen. Er nimmt an der Arbeit der aktiven Gruppe im Ortsverband teil, die im engen Austausch miteinander Aktionen, Veranstaltungen und Haustürgespräche in Karlshorst organisiert. Auch gibt es eine enge Zusammenarbeit mit der Linken Aktion Lichtenberg (LiA), der Jugendgruppe des Bezirksverbandes Lichtenberg. Als ein erfolgreiches Projekt, jüngere Leute zu erreichen, bewährte sich das gemeinsam entwickelte Kneipenquiz in der Havanna Bar in Karlshorst, das viermal im Jahr stattfindet. Rund 25 Fragen, u. a. zur Politik und zum Bezirk, sind dabei zu beantworten. Das nächste Quiz findet vor der Europawahl am 30. Mai statt.

DANIELA FUCHS

WANN UND WO

16. Mai, 17 Uhr

Bezirksverordnetenversammlung, Dong Xuan Haus, Herzbergstraße 129. Die Tagung wird auch im LiveStream übertragen: <http://videotron.de/lichtenberg/>

KULTURTIPP

Mein Dichten ist wie Dynamit

Curt Bloch, der 1908 in Dortmund geboren wurde, war Jurist. Seinen Beruf konnte der rassistisch verfolgte nach dem Machtantritt der Nazis nicht mehr ausüben. Er floh in die Niederlande, und auch dort war er nach dem faschistischen Überfall 1940 nicht mehr sicher, 1942 tauchte er unter. Bis zur Befreiung konnte er sich in Enschede auf einem Dachboden verstecken. Dort begann er, satirische Gedichte und Lieder in deutsch und niederländisch zu schreiben, die sich mit der Nazipropaganda, dem Kriegsverlauf und mit Kollaborateuren auseinandersetzten. Er nannte diese Arbeit sein „Het Onderwater-Cabaret“. Es entstanden 95 handgeschriebene Hefte, die er selbst illustrierte. Aus Zeitungsschnipseln fertigte er Collagen an. Diese Hefte wurden für ihn und andere Untergetauchte in seiner Umgebung zum Lebenselixier. Curt Bloch starb 1975 in New York. Die Hefte Blochs sind bis zum 26. Mai 2024 im Jüdischen Museum Berlin zu sehen.

DANIELA FUCHS

Jüdisches Museum Berlin,

Lindenstraße 9 – 14, Eintritt frei. jmberlin.de/owc

IMPRESSUM

Herausgeber:

Die Linke in der BVV Lichtenberg
V.i.S.d.P. Christian Petermann, Antje Schiwatschew

Adresse der Redaktion:

Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin

E-Mail:

fraktion@linksfraktion-lichtenberg.de

www.linksfraktion-lichtenberg.de

Telefon: (030) 90 296 31 20

Redaktionsschluss: 15. April 2024

Gestaltung: Uta Tietze

Druck: Union Druckerei Berlin

Das Soziale ist der Markenkern der Linken Europawahl in Lichtenberg

Am 9. Juni 2024 wählt ganz Europa das neue Europaparlament. Auch die Lichtenbergerinnen und Lichtenberger können ihre Stimme abgeben. Doch viele Menschen bleiben bei der Europawahl traditionell zu Hause. Zu weit entfernt scheint Europa und zu gering ihr Einfluss auf die europäische Politik.

Doch gerade in den letzten Jahren ist die Bedeutung der europäischen Union für unser Leben größer geworden. Der Ukrainekrieg, Flucht und Migration und die Klimakrise können nur im europäischen Rahmen gelöst werden. Als Linke wollen wir dabei die Themen Frieden und soziale Gerechtigkeit in den Vordergrund stellen. Die Linke steht wie keine andere Partei für Frieden, Deeskalation, globale Gerechtigkeit und zivile Konfliktlösung. Die europäische Union muss eine Friedensunion werden. Deutschland und die EU dürfen sich nicht weiter an der gegenwärtigen Spirale der Eskalation und Aufrüstung beteiligen.



Das Soziale ist der Markenkern der Linken, auch in Europa. Die heutige Europäische Union ist eine Union der Ungleichheit mit großer Armut auf der einen und krassem Reichtum auf der anderen Seite. Wir wollen europäische Mindest-

standards wie ein europäisches Mindesteinkommen und eine europäische Erwerbslosenversicherung schaffen. Für die Durchsetzung unserer sozialen Forderungen wollen wir den Reichtum massiv von oben nach unten umverteilen. Innerhalb Europas darf es keine Steueroasen für multinationale Konzerne geben. Finanzkriminalität muss auf europäischer Ebene endlich wirksam bekämpft werden.

In den nächsten Wochen werden wir dafür bei Verteilaktionen, Infoständen, Haustürgesprächen und Veranstaltungen werben. In den Medien bekommt Die Linke zurzeit wenig Aufmerksamkeit für ihre Themen. Rock in der Laube, eine Veranstaltung mit der Flüchtlingshelferin und EU-Kandidatin Lea Reisner, Kiezspaziergänge und Kinderfeste – wir wollen bis zum 9. Juni Präsenz in Lichtenberg zeigen und für die Menschen mit unseren Vertretern in Bezirk, Land und Bund ansprechbar sein.

ANTONIO LEONHARDT

Kandidatin Lea Reisner zu Gast im OV 5

Beim Ortsverbandstreffen stand am 3. April die Europawahl im Fokus. Dazu durfte der OV 5 Frankfurter Allee Nord Lea Reisner als Gast begrüßen. Die Krankenschwester, Seenotretterin und Antifaschistin kandidiert für uns auf Listenplatz 9.

Wir freuen uns sehr, sie als Berliner Kandidatin auf der Liste für die Europawahl zu haben.

Das Treffen war geprägt von einer guten Diskussion, insbesondere zum Thema Migration und europäische Außengrenzen. Hier gilt es,



Lea Reisner (2. v. r.) mit Anne Schlönvoigt, OV-Sprecherin, Sebastian Schlüsselburg, MdA, und dem stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Antonio Leonhardt.

Menschenrechte kompromisslos zu verteidigen. Lea hat viele linke Ideen und Vorschläge zur Verbesserung der Situation für die Menschen auf der Flucht, aber auch für die Kommunen und Länder zusammengefasst. Ein Beispiel dafür ist die Idee eines europäischen Solidaritätsfonds, der die aufnahmebereiten Länder und Kommunen gezielt dabei unterstützt, Flüchtlingen humanitäre Hilfe zu leisten. So müsste sich keine Kommune mehr entscheiden, ob sie eine Schule saniert, den ÖPNV ausbaut oder eben Geflüchteten eine menschenwürdige Aufnahme ermöglicht.

Fluchtursachen müssen an ihren Wurzeln gepackt und bekämpft werden, dazu gehört zum Beispiel ein Schuldenschnitt für die Länder des Globalen Südens sowie eine konsequente Friedenspolitik.

Lea machte klar: Die Linke steht weiterhin konsequent an der Seite der Menschen, die von den Reichen und Mächtigen ausgebeutet werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass von der Gesellschaft benachteiligte Gruppen gegeneinander ausgespielt werden, denn Menschenrechte gelten entweder für alle Menschen, oder sie sind wertlos!

ANNE SCHLÖNVOIGT
LEA REISNER

Briefwahl leicht gemacht

Ab Ende April können Sie Ihre Briefwahlunterlagen anfordern.

Wenn Sie durch Briefwahl wählen möchten, brauchen Sie einen Wahlschein. Diesen können Sie im Rathaus

- persönlich oder
- schriftlich beantragen. Auch online: Die Schriftform gilt auch durch Fax oder E-Mail als gewahrt.
- Eine telefonische Antragstellung ist nicht möglich.

Der Antrag kann aber auch gestellt werden, bevor die Wahlbenachrichtigung zugestellt wurde. Folgende Angaben sind erforderlich:

- Familienname,
- Vornamen,
- Geburtsdatum und
- Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort).

Was tun mit den Unterlagen?

- Die Stimme persönlich auf dem Stimmzettel ankreuzen (Achtung: nur EINE Stimme) und den

Stimmzettel anschließend in den Stimmzettelumschlag legen und zukleben.

- Die auf dem Wahlschein unten befindliche „Versicherung an Eides statt zur Briefwahl“ mit Datum und Unterschrift versehen.
- Den Wahlschein zusammen mit dem Stimmzettelumschlag in den roten Wahlbriefumschlag stecken.
- Den roten Wahlbriefumschlag zukleben und ihn unfrankiert in die Post geben oder bei der auf dem Umschlag angegebenen Stelle direkt abgeben.

Eine Abgabe des Wahlbriefumschlages ist nur bei der auf dem Umschlag angegebenen Stelle möglich.

Der Wahlbrief muss unbedingt rechtzeitig mit der Post abgesandt oder direkt bei der auf dem Wahlbriefumschlag angegebenen Stelle abgegeben werden. Er muss bei der zuständigen Stelle spätestens am Wahlsonntag, also am 9. Juni, bis 18 Uhr vorliegen.

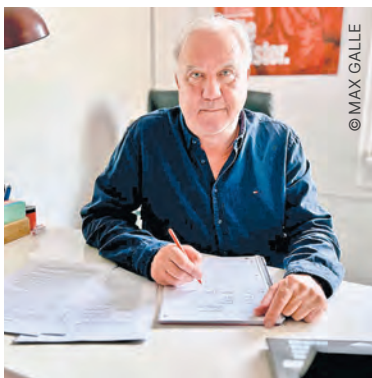
ANDREA SCHACHT



Was tun bei einer Bettwanzenplage?

Unter den Bürgerinnen und Bürgern wird im Bezirk die Frage einer Bettwanzenplage diskutiert. In der Bürgersprechstunde von Dr. Gesine Löttsch sind diesbezüglich Anfragen eingegangen. Wir konnten hier helfen.

Zu den Fakten. Dem Bezirksamt liegen für 2024 ca. 15 Anfragen zu Bettwanzenfällen vor. Trotz einer gewissen Dunkelziffer hält sich das Problem im Bezirk mit 300.000 Einwohnerinnen und Einwohnern in Grenzen.



© MAX GALLE

Einmal im Monat berät Ralf Schultheiß zu Fragen rund ums Wohnen.

Bettwanzen werden insbesondere bei Urlaubsaufenthalten unverschuldet mit eingeschleppt. Sie übertragen keine Krankheiten und fallen nicht unter das Infektionsschutzgesetz. Sie sind aber für die Betroffenen extrem lästig.

Was ist bei einem Befall zu tun? Grundsätzlich muss der Vermieter nach § 535 BGB Abhilfe schaffen und die Kosten für die Schädlingsbekämpfung übernehmen. Dies ist aber in der Rechtsprechung umstritten, weil der Vermieter meist dem Mieter eine Schuld für den Befall mit Schädlingsen zuweisen will.

Deshalb sollte sofort der Vermieter von dem Befall informiert werden. Auch sollte das Bezirksamt unter hygiene@lichtenberg.berlin informiert und um Rückruf und Beratung gebeten werden.

Sie sind von Beginn an verpflichtet, die Bekämpfungsmaßnahmen zu unterstützen und die Anweisungen der Schädlingsbekämpfer umzusetzen. Diese können sehr einschneidend sein.

Sind Sie hier nachlässig, kann der Vermieter den Vertrag kündigen und unter Umständen eine Räumungsklage einlegen.

RALF SCHULTHEISS

Es wird gebaut in Lichtenberg



© CAMILLA SCHULER

Wenn gebaut wird, müssen neben den Wohnungen Kitas, Schulen, Supermärkte und Grünflächen mitgedacht werden.

Wohnungsknappheit, Verdichtung, bezahlbarer Wohnraum: Wohnen ist ein Thema, das die Gesellschaft beschäftigt. Es fehlen Wohnungen, vor allem bezahlbare. In Lichtenberg haben die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und verschiedene Genossenschaften einen sehr großen Anteil am bestehenden Wohnungsangebot. Und es wird neu gebaut: An der Hohenschönhauser Straße errichtet die Howoge 500 Mietwohnungen, die landeseigene Wohnungsbau-

gesellschaft WBM übernimmt ein Projekt in der Konrad-Wolf-Straße für 441 Mietwohnungen, mit dem Fennpfuhler Tor wird Platz für 1.000 Menschen geschaffen. Es gibt Ideen für das RIZ in Hohenschönhausen, die Vorhaben Gehrensee-Höfe, Detlev- und Joachimstaler Straße gehen voran, und es liegen viele Anfragen vor.

Lichtenberg nimmt seine Verantwortung für Wohnungsbau ernst. Verantwortung bedeutet aber auch, dass mit dem Wohnungsbau allein nicht alles abgeschlossen ist. Die

dazugehörige Infrastruktur, also Kita, Schule, Nah- und Ärzteversorgung, muss mitentwickelt werden. Wie ist die Verkehrssituation vor Ort, das Angebot für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, die Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge und E-Bike-Ladestationen? Fragen, die mitgedacht werden müssen und auf die man nicht verzichten darf. Die zukünftigen Mieter:innen sollen sich in ihrem Umfeld wohlfühlen. Deshalb gehören Grün- und Freizeittflächen immer mit dazu.

In der Vergangenheit wurden Entscheidungen getroffen, die ich so nicht mitgetragen hätte. Zum Beispiel die Bebauung grüner Innenhöfe. Hier wurde meiner Meinung nach fehl entschieden, was jetzt leider nicht mehr rückgängig zu machen ist. Generell gilt: Wohnungen bauen ja, der Blick muss aber immer in die Zukunft gerichtet werden: Wie soll Lichtenberg in 30 Jahren aussehen? Denn ganz wichtig: Lichtenberg soll auch in 30 Jahren noch ein Bezirk zum Wohlfühlen und Leben sein.

CAMILLA SCHULER

Gewerbe nicht aus der Stadt drängen

In welcher Stadt wollen wir leben? Diese Frage stellt sich nicht nur in den Kiezen, wo Baulücken und Freiflächen bebaut werden. Diese Frage stellt sich seit Jahren auch für die Gewerbegebiete, die unter großen Druck geraten.

In Zeiten großer Nachfrage nach Wohnraum steigt auch das Interesse an der Umwandlung von Gewerbegebieten in Wohngebiete, denn damit ist auch eine deutliche Wertsteigerung für Grund und Boden verbunden. Liegt der Bodenrichtwert im Gewerbegebiet an der Gärtnerstraße bei 250 Euro/m², so beträgt er im benachbarten Wohngebiet an der Konrad-Wolf-Straße 1.600 Euro/m².

Insofern ist es nicht verwunderlich, wenn der Eigentümer großer Flächen im Gewerbegebiet zwischen Ferdinand-Schultze-Straße und Große-Leege-Straße diese in weiten Teilen zu einem Wohngebiet umwandeln will. Der jetzige Zustand ist auch alles andere als zufriedenstellend. Das Gewerbegebiet ist mehr Lager für Container

und Autos und weniger ein Ort, an dem produziert wird.

Eine weitgehende Umwandlung in ein Wohngebiet ist aber nicht im Interesse unserer Stadt. So wie eine funktionierende Stadt neben Wohnungen Kitas, Schulen und Arztpraxen braucht, sind auch Flächen für das produzierende Gewer-

be, für das Handwerk und Dienstleistungen notwendig. Deswegen ist es richtig, auch künftig im Gebiet Produktion zu ermöglichen. Wenn an den Übergängen zu den bestehenden Quartieren auch noch Wohnen möglich gemacht wird – umso besser.

CHRISTIAN PETERMANN



© CHRISTIAN PETERMANN

Unauffällig, aber erfolgreich: Unternehmensstandort Herzbergstraße.

Praktizierte Menschlichkeit

Es ist ein Angebot, für das es in Deutschland eigentlich keinen Bedarf geben sollte: Der Verein „Ärzte der Welt“ betreibt seit Juni 2023 in der Irenenstraße 20 im Weitlingkiez eine Anlaufstelle für all jene, die nicht in eine reguläre Arztpraxis gehen können, weil sie nicht versichert sind oder ihnen aus anderen Gründen die Leistungen des Gesundheitssystems verwehrt sind.

In der Praxis open.med können sich Hilfesuchende kostenfrei und anonym von Ärzt:innen, die hier ehrenamtlich arbeiten, behandeln und beraten lassen. Projektleiterin des kleinen Behandlungszentrums ist Susanne Eikenberg. In Anspruch genommen werden die medizinischen Angebote vor allem von Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus und in Deutschland lebenden Personen aus anderen EU-Ländern, die keine so-



Hendrikje Klein (li.) im Gespräch mit Susanne Eikenberg, die die open.med-Praxis für mittellose Hilfesuchende leitet.

zialversicherte Arbeit haben. Aber auch Patient:innen mit deutscher

Staatsbürgerschaft sind betroffen. Sie können reguläre medizinische Leistungen nicht in Anspruch nehmen, weil sie zum Beispiel die

Krankenkassenbeiträge nicht mehr bezahlen konnten oder durch bürokratische Hürden ihren Versichererstatus verloren haben.

Bislang gibt es in erster Linie die Möglichkeit, sich in der Praxis allgemeinmedizinisch behandeln zu lassen. Zur Weiterbehandlung bestimmter Erkrankungen fehlt es noch an Fachärzt:innen. Es wäre eine große Hilfe, wenn sich Spezialist:innen für wenige Stunden alle 4 bis 6 Wochen fänden, um auf ihrem Fachgebiet ehrenamtlich in der Praxis zu behandeln. Eine regelmäßige gynäkologische Sprechstunde konnte bereits eingerichtet werden, und diese wird sehr gut angenommen. Bislang finanziert sich die Anlaufstelle ausschließlich über Spenden, perspektivisch wünschen sich Susanne Eikenberg und ihr Team zumindest eine Teilfinanzierung durch öffentliche Mittel.

HENDRIKJE KLEIN

CDU und SPD werden kürzen, bis es quietscht

CDU und SPD haben ihre Koalition unter das Motto „Das Beste für Berlin“ gestellt. Nach einem Jahr Amtszeit muss man sagen: Sie tun nicht das Beste für Berlin, sondern enttäuschen alle Erwartungen. Das wird durch den Haushalt deutlich. Er ist mit ca. 3,5 Milliarden Euro überbucht. In den nächsten Tagen wird die Koalition bekanntgeben, was alles dem Rotstift zum Opfer fallen wird.

Weite Teile des Haushalts unterliegen gesetzlichen und vertraglichen Bindungen. Dort kann nicht gekürzt werden. Deswegen werden es vor allem das Personal und die sogenannten freiwilligen Leistungen sein, also Senioreneinrichtungen, Jugendklubs, Kultureinrichtungen und die sozialen Projekte. Und wir werden erleben, dass dringende Investitionen in Gebäudeeffizienz, Krankenhäuser, Schulen und Straßen verschoben oder gestoppt werden. Schon jetzt wurden im Vorgriff auf diese Kürzungen

Haushaltssperren für das laufende Jahr im Umfang von 3,8 Milliarden angebracht, darunter 1 Milliarde bei den Zuschüssen für die Universitäten oder 40 Millionen bei den Zuschüssen für die freie Jugendarbeit. Während Berlin droht, auf eine soziale Rutschbahn zu geraten, wollen sich CDU und SPD aber so absurde Projekte wie eine Olympia-Bewerbung 2036, eine Magnetschwebbahn oder Taser-Pistolen für die Polizei gönnen.

Dass es auch anders geht, haben unsere Gegenvorschläge gezeigt: Erhöhung der Grunderwerbsteuer, Erhöhung der Steuerprüfungen bei Unternehmen, Erhöhung der Transaktionskredite für Investitionen, Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Finanzkriminalität sind nur einige Beispiele. Lasst uns gemeinsam mit den Berliner:innen gegen die Kürzungen kämpfen. Die Sarrazin-Jahre dürfen sich nicht wiederholen.

SEBASTIAN SCHLÜSSELBURG

Macker boxen Politik mit Straßenkreide

Wir von der LiA waren vom 7. auf den 8. März mit etwa 15 jungen Genossinnen und Genossen und guter Stimmung im Weitlingkiez unter-



Mit politischen Bekenntnissen, gesprüht auf dem Bürgersteig, machte die LiA am Frauentag im Weitlingkiez auf Frauenrechte aufmerksam.

wegs. Mit einer Kreide-Sprühaktion setzten wir ein klares Zeichen am Internationalen Frauentag, gegen das Patriarchat und für revolutionären Feminismus. Dabei begegneten uns mal schiefe, mal interessierte, aber auch freudige Blicke. Bis zum nächsten Regentag verzierten die Sprüche „Ehe, Küche, Vaterland – unsere Antwort Widerstand“ und „Macker boxen“ den Kiez. Neben Demos, aktiver Hilfe und InfoPosts sind auch solche für unsere Nachbar:innen sichtbaren Aktionen von Bedeutung. Denn wir als Jugend wollen vorangehen, wir sehen, dass wir auch im Kleinen offen kämpfen müssen, um was zu verändern. Eine bessere Welt ist kein Geschenk der Herrschenden, sondern muss von uns erkämpft werden. Auch für Frauenrechte gilt das.

Ein schönes kämpfendes Jahr an euch alle! Gegen halbe Reformen, für mutiges Kämpfen!

PIT QUINKERT

Von Abgeordnete bis Zuckerwatte

Ein A-Z des Bezirksverbands Lichtenberg nicht nur für Neumitglieder

„Genossin M. reicht zur HV einen Antrag des BV ein, der von vielen OV und der LiA unterstützt wird.“ – Alles klar? Wenn nicht, hilft vielleicht ein Blick in das vom Bezirksvorstand mit Unterstützung etlicher Mitglieder neu erstellte Glossar der Termini, die in unserem bezirklichen Parteileben eine Rolle spielen. Von A wie Abgeordnete bis W wie Wahlkampfleiter:in werden dort Begriffe erklärt und Menschen vorgestellt, die in den Strukturen unseres Bezirksverbands Mandate wahrnehmen oder auf andere Weise aktiv sind. Fotos geben diesen Genossinnen und Genossen ein Gesicht. Auch Kontaktdaten zu den handelnden Personen und Gremien findet man in der Aufstellung.



So wird z. B. erklärt, dass HV die Hauptversammlung ist und „das oberste Beschlussorgan des Bezirksverbandes“. Sie findet in der Regel zweimal im Jahr („Tagungen“) statt und wird für eine Periode von zwei Jahren einberufen (aktuell „die 8. HV“). Weiter zu lesen im Glossar, dort sind natürlich auch Erklärungen für BV, OV und LiA zu finden.

Das kleine A-Z wird Neumitgliedern als pdf-Dokument zugestellt. Ebenso haben es alle „alten“ Genossinnen und Genossen bereits erhalten, denn auch für sie finden sich dort garantiert noch neue Informationen. Bei Bedarf schickt der Bezirksvorstand das Glossar gern noch einmal zu. Auch mit Rückfragen, Ergänzungen und Korrekturen können sich Mitglieder gerne an den Bezirksvorstand wenden. Die Informationen werden fortlaufend aktualisiert und ergänzt.

Ja, das Stichwort Zuckerwatte fehlt tatsächlich (noch) – vielleicht lohnt ein Hinweis auf die im Bezirksverband vorhandene Zuckerwattemaschine, die auf Festen der Linken zum Einsatz kommt.

CHRISTINE TITEL

Was hat die EU mit unserem Alltag zu tun?

An dieser Stelle berichten wir regelmäßig über Neues aus dem Bezirksvorstand

In der letzten Sitzung des Bezirksvorstands beschäftigten wir uns mit den anstehenden Wahlvorbereitungen. Denn am 9. Juni wählt Europa. Bereits seit dem letzten Parteitag stehen Kandidatinnen und Kandidaten fest, auch das Wahlprogramm wurde beschlossen. Jetzt geht es darum, die Themen in die Kieze zu bringen.

Die Vorbereitungen für den Europawahlkampf bieten darüber hinaus aber die Gelegenheit, den Fokus auf die Bedeutung der Europäischen Union für unser alltägliches

Leben zu legen und diese Themen mit unseren Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren.

Die Europapolitik spielt eine entscheidende Rolle sowohl auf wirtschaftlicher als auch auf sozialer Ebene. Denken wir beispielsweise an den Mindestlohn.

Die EU-Mindestlohnrichtlinie nennt als Referenzgröße für einen angemessenen Mindestlohn u. a. 50 % vom Durchschnittslohn des Landes. Der Mindestlohn in Deutschland liegt mit aktuell 12,41 Euro pro Stunde nicht nur weit von

der Forderung der Partei Die Linke nach 15 Euro pro Stunde, sondern auch erheblich unter dieser EU-Mindestlohnrichtlinie. EU-Politik kann also Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt herbeiführen, zeigt aber, dass es starke Gewerkschaften und Parteien im jeweiligen Land braucht, die diese Forderungen stützen. Aus diesem Grund hat der Bezirksvorstand unter anderem einen Leitantrag für gute Arbeit und starke Gewerkschaften für die Hauptversammlung im April vorbereitet. JULIANE STUBBE

Ein herzliches Willkommen

Sarah (32) ist seit Mai 2023 Mitglied in Berlin-Lichtenberg und aktiv im Ortsverband 4, am Fennpfuhl. Sie stammt ursprünglich aus Berlin-Neukölln, ist jedoch aufgewachsen im brandenburgischen Eberswalde.

Als Careleaverin* liegt ihr das Thema sozialer und finanzieller Gerechtigkeit für Menschen, die nicht bei der eigenen Familie aufgewachsen sind, sehr am Herzen. Sarah wünscht sich, dass es mehr Sichtbarkeit für die speziellen Bedürfnisse von Careleaverinnen gibt und sieht hier vor allem auch die Arbeitgeber und die Politik in der Verantwortung, Maßnahmepläne zu erstellen und auch umzusetzen und für das Thema zu sensibilisieren. Insbesondere stellt die aktuelle Wohnungspolitik auch Careleaverinnen vor eine besonders große Herausforderung.

„Ich kenne Personen – junge Frauen, die aktuell obdachlos sind und neben ihrem Studium oder der Ausbildung einfach ganz andere Herausforderungen oftmals völlig allein bewältigen müssen. Ich glaube, das ist ganz schwer nachvollziehbar für Menschen, die nicht selbst mal davon betroffen gewesen sind, was das eigentlich bedeutet und wie sich das auf das ganze Leben auswirkt. Ich würde mir wünschen, dass es zum Beispiel die Möglichkeit gäbe, ein

ganzes Haus zu kaufen, um Careleaverinnen dort unbefristet ein Zuhause zu ermöglichen. Wenn das in Berlin-Lichtenberg ginge, wäre das für Careleaverinnen eine wirklich tolle Sache, um auch mal irgendwo fest anzukommen und sich sicher fühlen zu können.“

*Careleaverinnen (dt. Fürsorge Verlassende) sind Personen, die nicht bei ihren Eltern aufgewachsen sind, da es zu Hause Schwierigkeiten gab oder da ein oder bei-

de Elternteile verstorben sind. Gibt es keine Familienmitglieder mehr, die sich die Betreuung zutrauen, wachsen die Kinder und Jugendlichen beispielsweise in einer Jugendwohngruppe oder einem Heim, in einer Pflegefamilie oder Erziehungsstelle, in einer Kinderdorffamilie oder einer anderen betreuten Wohnform auf. Weitere Informationen dazu findet man unter anderem auf der Website des Careleaver e. V. SARAH



Sarah engagiert sich für junge Menschen, die nicht im eigenen Zuhause aufgewachsen sind.

Hauptversammlung beschäftigt sich mit Kommunalem und Europa

Auf der Hauptversammlung am 20. April 2024 hat die Linke Lichtenberg wieder zu einer Vielzahl lokaler und internationaler Themen debattiert. Die über 60 anwesenden Delegierten und Gäste beschäftigten sich mit Fragen der innerparteilichen Organisation, Vorhaben für die linke Kommunalpolitik der nächsten Jahre, dem Kampf für gute Arbeit als politisches Schwerpunktthema der Linken und unseren Themen im Europawahlkampf. Gerade im kommenden Europawahlkampf müssen wir beweisen, dass wir die Menschen mit unseren Themen erreichen und den Rechtsruck in der deutschen und europäischen Politik zurückdrängen können.

Es wurden Anträge aus der Mitgliedschaft zur konsequenten Verkehrsberuhigung der Lichtenberger Wohngebiete sowie zum Erhalt der Trabrennbahn Karlshorst und der dortigen Natur-, Sport- und Freiflächen beschlossen. Zudem beschloss die Hauptversammlung einen Antrag zur geplanten Errichtung von drei neuen Geflüchtetenunterkünften in Lichtenberg. Unter dem Titel „Solidarität mit Menschen in Not“ fordert die Linke die sachgerechte Prüfung geeigneter Lichtenberger Standorte für die Unterbringung Geflüchteter sowie ein stärkeres Engagement von Senat und Bezirk bei der Schaffung der notwendigen sozialen Infrastruktur.



Das sind unsere Delegierten, die den Bezirk Lichtenberg beim Bundesparteitag vertreten.

Außerdem wurden die Delegierten für den Bundesparteitag und den Landesausschuss neu gewählt.

Die Linke Lichtenberg präsentierte sich dabei in den vergangenen Jahren zunehmend jünger und diverser. Dieser Trend setzte sich auch bei den Teilnehmenden der Hauptversammlung und den Delegiertenwahlen fort. Neue und häufig jüngere Mitglieder übernehmen Verantwortung in der Partei und verändern unser Gesicht. Gemeinsam – jung und alt – wird die Linke weiterhin für eine friedliche und gerechte Gesellschaft streiten.

ANTONIO LEONHARDT



Die Bezirksvorsitzende Camilla Schuler spricht zu den Delegierten der Hauptversammlung.

Tanz in den Mai

Auch in diesem Jahr möchten wir gemeinsam mit euch den Frühling sowie den Internationalen Kampftag der Arbeiterklasse willkommen heißen und laden herzlich zum mittlerweile schon traditionellen Tanz in den Mai ein.

Getanzt wird im Saal neben der Havannabar. Wer die Standardtänze nicht allzu sicher beherrscht, der kann auf die professionelle Tanzanleitung vertrauen.

Für gute Musik wird ohnehin gesorgt. Beste Voraussetzungen für eine gute Stimmung.

Wie immer wird es ein Freigetränk aus der benachbarten Havannabar geben, und ab 19:30 Uhr

ist das Parkett für den Tanz freigegeben.

In diesem Jahr feiern wir zudem das 10-jährige Bestehen unserer Jugendgruppe LiA. Wir sind froh, eine solch leidenschaftliche und engagierte Jugendorganisation im Bezirksverband zu haben. Das soll zelebriert werden.

Ab 22 Uhr übernehmen die jungen Genossinnen und Genossen das DJ-Pult und werden moderne Hits auflegen, die jedoch nicht weniger tanzbar sind. Wir freuen uns auf viele Tanzbegeisterte und auf einen magischen gemeinsamen Abend!

MAX GALLE



MIT RAT & TAT

TERMINE

- **27.4. + 4.5., 13–16 Uhr**
Friedhofsputzaktion, Zentralfriedhof Friedrichsfelde
- **30.4., 19 Uhr**
Tanz in den Mai – ab 22 Uhr: Party „10 Jahre LiA“, Havanna Bar
- **1.5., 13 Uhr**
Fest „Bunte Platte“, Prerower Pl.
- **5.5., 10 Uhr**
Frühschoppen zur Europawahl mit Ines Schwerdtner in der Havanna Bar, Karlshorst
- **8.5., 19 Uhr**
LiA Treffen im WKB Schlüsselburg
- **10.5., 15 Uhr**
„Lesen gegen das Vergessen“, Bebelplatz
- **10.5., 18 Uhr**
Rock in der Laube, Veranstaltung zur Europawahl, Hohenschönhausener Straße 80
- **27.5., 19 Uhr**
Bezirksvorstand, Alfred-Kowalke-Straße 14
- **30.5., 19 Uhr**
Kneipenquiz Havanna Bar
- **1.6., 14 Uhr**
Kinderfest, Lindencenter

info links

Treffen der Verteilerinnen und Verteiler

Bitte merkt Euch den Termin für unser nächstes Treffen am 21. Juni vor! Genauere Details folgen.

SPRECHSTUNDEN

- **Ines Schmidt, Mda, WK 1**
Niederkirchnerstr. 5, 10111 Bln., Fon 01573 434 8586 oder dirk.walls@wk.linksfraktion-berlin.de
- **Sebastian Schlüsselburg, Mda, WK 4**
Casa del Popolo, Buggenhagenstr. 19, Fon 285 065 24 oder E-Mail schluesselburg.wkb@linksfraktion.berlin
- **Hendrikje Klein, Mda, WK 5**
Wahlkreisbüro Alfred-Kowalke-Straße 14, Fon 985 653 62 oder team@hendrikjeklein.de

BERATUNGSANGEBOTE

- **Bürgerhilfe** – Recht, Soziales, Miete nach Vereinbarung, Ralf Schultheiß, Fon 992 707 25
- **Rechtsberatung nach Vereinbarung**, Antonio Leonhardt, Alfred-Kowalke-Straße 14, team@hendrikjeklein.de

Ostdeutsche Frauenpower

Schon der Titel: „Drei ostdeutsche Frauen betrinken sich und gründen den idealen Staat“. Bemerkenswert, wie selbstbewusst Annett Gröschner, Peggy Mädler und Wenke Seemann „ostdeutsch“ sagen. Daran könnte sich Die Linke ein Beispiel nehmen. Annett berichtet im letzten Kapitel: „Ich habe eine These geträumt... Ostdeutsche reparieren ihre Träume.“ Zum Reparieren der Träume gehören auch Rückblicke und Vergleiche. Darunter fällt die leider immer noch notwendige Forderung nach Abschaffung des Paragraphen 218. In der DDR wurde er vor über 50 Jahren abgeschafft, in der Bundesrepublik gilt er immer noch. erinnert wird auch an den drastischen Rückgang der Geburten. In den fünf Jahren nach der Wiedervereinigung fiel die Geburtenrate im Osten von 1,56 Kindern pro Frau auf die Hälfte, auf den historischen Tiefstand von 0,77 im Jahr 1955. Frauen ließen sich sterilisieren, um

sich nicht auf Verhütungsmittel verlassen zu müssen.

In sieben Nächten ziehen die Frauen Bilanz und entwerfen Zukunft. Sie befragen auch befreundete

Menschen. Eine Erinnerung an die DDR. „Die Unwichtigkeit von Geld.“ Der Alkohol befördert Erinnerungen zutage, die ansonsten vielleicht verborgen geblieben wären. Diese werden von Schwarz-Weiß-Fotografien von Trapezkünstlerinnen und LPG-Kollektiv gestützt. Die Autorinnen – Jahrgang 1964, 1976 und 1978 – blicken auch auf die Generation ihrer Eltern. Für diese waren die Umbrüche und Verwerfungen der deutschen Einheit einschneidender und drastischer. Annetts Fazit. „Eigentlich möchte ich immer noch Weltbürgerin sein. Und eigentlich bin ich gezwungenermaßen auf dieses Ostdeutschsein zurückgeworfen. Irgendwann habe ich diese Herkunft für mich produktiv gemacht, aber eigentlich ist sie mir viel zu wenig. Und aus dem Klotz am Bein habe ich mir einen sehr schönen Fuß geschnitzt.“

Erschienen im Hansa Literaturverlag. GESINE LÖTZSCH



© WWW.HANSER-LITERATURVERLAGE.DE/BUCH/DREI-OSTDEUTSCHE-FRAUEN-BETRINKEN-SICH-UND-GRUENDEN-DEN-IDEALEN-STAAAT

BIBLIOTHEKEN

- **Donnerstag, 2.5., 19 Uhr**
LITERATUR LIVE. LESUNG MIT AHNE, Egon-Erwin-Kisch-Bibliothek, Frankfurter Allee 149
- **Sonnabend, 4.5., 10 – 15 Uhr**
MAY THE 4TH BE WITH YOU, StarWars-Day in der Anna-Seighers-Bibliothek, Linden-Center, Prerower Platz 2
- **Freitag, 10.5., 16 Uhr**
MEIN BUCH – DEIN BUCH, Vorlesen und Erzählen für Kinder in mehreren Sprachen, Bodo-Uhse-Bibliothek, Erich-Kurz-Straße 9
- **Dienstag, 14.5., 19 Uhr**
WIR WERDEN JUNG SEIN, Lesung mit Maxim Leo, Anton-Saefkow-Bibliothek, Anton-Saefkow-Platz 14

KONZERT

- **Freitag, 3.5., 18 Uhr**
JEWISH FOLK AUS ALLER WELT, Konzert mit der Band Folkadu, Ratskeller – Galerie für zeitgenössische Kunst, Möllendorffstraße 6

AUSSTELLUNG

- **Freitag, 3.5., 18 Uhr**
IM MITTELPUNKT DER WAHRHEITEN, Ausstellungseröffnung anlässlich der Deutsch-Armenischen Kulturtag, Kulturhaus Karlshorst, Galerie, Treskowsalallee 112

THEATER

- **Sonnabend, 18.5., 19 Uhr**
ASCHEWOLKEN (Open Air), Theater Strahl, Marktstraße 11
- **Sonntag, 2.6., 16 Uhr**
BEI DER FEUERWEHR WIRD DER KAFFEE KALT, 850. Vorstellung!, Das weite Theater, Im Cedio/Storkower Bogen, Storkower Straße 207

FÜHRUNG

- **Sonnabend, 25.5., 14 Uhr**
EINE STADT IN DER STADT – DAS LICHTENBERGER WOHN- GEBIET FENNPFUHL, Treffpunkt: S-Bahnhof Storkower Straße an der Fußgängerbrücke „Langer Jammer“
- **Mittwoch, 29.5., 18 Uhr**
JUGENDPROTEST IN LICHTENBERG, Museum Lichtenberg, Treffpunkt: Pfarrstraße/Ecke Hauffstraße 9



Fotorätsel

Wo entfalten diese Kirschbäume ihre blühende Pracht?

Die Japanischen Kirschbäume sind längst schon wieder verblüht. Wo genau haben die Kirschbäume, die 1995 vom Sakura-Organisationskomitee gepflanzt wurden, ihren Standort?

Die Gewinner, die aus den richtigen Einsendungen gezogen werden, können 2024 an einer Tagesfahrt in den Deutschen Bundestag teilnehmen. Auf dem Programm stehen u. a. ein Gespräch mit Gesine

Lötzsch, eine Führung durch den Bundestag und der Besuch eines Bundesministeriums.

Einsendeschluss ist der 10. Juni 2024.

Bitte die Antworten per E-Mail an gesine.loetzsch@bundestag.de senden oder per Post schicken: Deutscher Bundestag, Dr. Gesine Lötzsch, MdB, Platz der Republik, 11011 Berlin. Bitte das Geburtsdatum bzw. Telefonnummer oder E-Mailadresse angeben.

Geschäftsstelle Die Linke Lichtenberg, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Öffnungszeiten:

- Dienstag 12–17 Uhr
- Mittwoch 12–17 Uhr
- Donnerstag 12–17 Uhr
- Freitag 12–17 Uhr

Fon: (030) 512 20 47
info@die-linke-lichtenberg.de

info links wird herausgegeben von:

Die Linke, Bezirksverband Lichtenberg

Redaktionsadresse:

Geschäftsstelle der Partei Die Linke Lichtenberg, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Fon: (030) 512 20 47

Fax: (030) 516 592 42

Mail:info@die-linke-lichtenberg.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

V.i.S.d.P.: Camilla Schuler

Redaktionsschluss:

Ausgabe Mai, 20. April 2024.

Die nächste Ausgabe erscheint am 23. Mai 2024.

Druck: Union Druckerei Berlin

Die info links kann man auch online abonnieren: Interessent:innen melden sich bitte in der Geschäftsstelle.

Spendenkonto:

Die Linke. LV Berlin / Lichtenberg

IBAN: DE 5910 0708 4805 2560 7803

BIC: DE UT DE DB 110

Bitte immer Verwendungszweck

angeben: 810-503, info links, Ihr Name, Vorname